

»» Psychische Gesundheit: ein neuer Schwerpunkt für die Entwicklungszusammenarbeit?



Nr. 4, 23. Februar 2017

Autoren: Teresa Leiendecker und Dr. Patrick Rudolph

Redaktion: Simone Sieler

Die Förderung psychischer Gesundheit ist seit 2015 Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele (Ziel 3.4 und Ziel 3.5). Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) definiert psychische Gesundheit als „Zustand des Wohlbefindens, in dem der Einzelne seine Fähigkeiten ausschöpfen, die normalen Lebensbelastungen bewältigen, produktiv und fruchtbar arbeiten kann und imstande ist, etwas zu seiner Gemeinschaft beizutragen.“ Zu den psychischen und neurologischen Erkrankungen gehören Depressionen, Angststörungen, Schizophrenie, alkoholbedingte Erkrankungen, Epilepsie sowie Alzheimer und andere Demenzerkrankungen.

Die Definition von psychischen Erkrankungen und der entsprechenden Behandlungen ist selbst unter medizinischen Fachleuten umstritten. Die negativen Auswirkungen treten im Laufe eines Lebens oft unsichtbar und unterschwellig in Erscheinung. Sie können die Anfälligkeit eines Menschen für andere Erkrankungen erhöhen und zu einem vorzeitigen Tod beitragen. Zeichen einer psychischen Erkrankung ist die Schwierigkeit zu lernen, zu arbeiten oder uneingeschränkt am sozialen und wirtschaftlichen Leben teilzuhaben.

Insgesamt leben mindestens 75 % der Menschen mit neuropsychiatrischen Erkrankungen in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen.

Ursachen und Risikofaktoren psychischer Erkrankungen in Entwicklungsländern

Zahlreiche Faktoren erhöhen das Risiko psychischer Erkrankungen nicht nur in Konflikt- und Postkonfliktsituationen, sondern in Entwicklungsländern im Allgemeinen. Eindeutige Risikofaktoren sind

- niedriger sozioökonomischer Status (Armut, geringe Bildung und Mangelernährung);
- schlechte Wohnbedingungen (unzureichende Wohnverhältnisse, Gewalt, fehlende soziale Netze);
- Naturkatastrophen, Konflikte oder Umweltzerstörung;

- Stressfaktoren, wie zum Beispiel Arbeitsplatzverlust, Flucht oder Krankheiten.

Psychische Erkrankungen sind insgesamt in hohem Maße auf externe Faktoren zurückzuführen und können in vielen Fällen durch Präventionsmaßnahmen verhindert werden. Tägliche Stressfaktoren (zum Beispiel Armut) steigern generell das Risiko psychischer Erkrankungen, während Menschen mit psychischen Erkrankungen aufgrund steigender Gesundheitskosten und eingeschränkter wirtschaftlicher Produktivität in die Armut abrutschen.

Eingeschränkter Zugang zu nötigen Behandlungen und Medikamenten

Wie oben beschrieben sind Armut und psychische Erkrankungen eng miteinander verknüpft. Unter armen Menschen ist die Prävalenz neuropsychiatrischer Erkrankungen deutlich höher. Gleichzeitig verfügen arme Länder kaum über Behandlungsmöglichkeiten: In Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen haben zwischen 75 % und 85 % der Menschen mit schweren neuropsychiatrischen Erkrankungen keinen Zugang zu der von ihnen benötigten Behandlung, während es in Ländern mit hohem Einkommen nur 35 % bis 50 % der Betroffenen sind – und diese Zahlen geben eventuell nicht einmal das wahre Ausmaß des Behandlungsdefizits wieder. Länder mit niedrigem und mittlerem Einkommen investieren im Durchschnitt rund 1 % ihres nationalen Gesundheitsbudgets in psychische Gesundheit, während Länder mit hohem Einkommen ungefähr 5 % investieren. Laut Weltgesundheitsorganisation leben mehr als 45 % der Weltbevölkerung in Ländern, in denen auf je 100.000 Menschen nicht einmal ein Psychiater kommt.

Hohe wirtschaftliche und politische Kosten der Ignoranz

Psychische Erkrankungen mindern die wirtschaftliche Produktivität: Depressionen sind weltweit die häufigste Ursache von Berufsunfähigkeit. Es wird davon ausgegangen, dass die dadurch verursachten wirtschaftlichen

Kosten etwa 4 % des weltweiten Bruttoinlandsprodukts ausmachen. Darüber hinaus müssen Menschen mit psychischen Erkrankungen aufgrund von Stigmatisierung und Diskriminierung oft schwere Verletzungen ihrer Menschenrechte hinnehmen. Sie gehören in der Regel zu extrem armen Bevölkerungsschichten, haben nur eine schwache politische Stimme und erhalten kaum Unterstützung.

Die weitverbreitete Unkenntnis dieser Fakten schwächt den sozialen Zusammenhalt und lastet schwer auf der humanitären Verantwortung von Gesellschaften. Wenn die Regierungen in den einzelnen Ländern und die Geber dies nicht zur Kenntnis nehmen, kann das oberste Ziel der Agenda 2030, nämlich die Beseitigung extremer Armut, nie erreicht werden.

Wie kann die Herausforderung bewältigt werden?

Vor diesem Hintergrund muss bei der Entwicklungszusammenarbeit die Einbindung der psychischen Gesundheit in Basisgesundheitspakete gefördert werden. Zu erfolgversprechenden Praktiken und kosteneffizienten Maßnahmen kann zum Beispiel eine smartphonebasierte Psychotherapie gehören, um das Selbstmanagement oder die Diagnose und Behandlung psychischer Erkrankungen zu unterstützen. Zusätzlich gilt es, die Ausbildung spezialisierter und nicht spezialisierter Fachkräfte in Bezug auf neuropsychiatrische Erkrankungen zu verbessern. Außerdem sollten künftig aussagekräftigere Daten zur psychischen Gesundheit der Bevölkerung gesammelt werden, um den Umfang des Problems zu ermitteln und Verbesserungen nachzuerfolgen.

Letztendlich spielt die Entwicklungszusammenarbeit aber auch eine präventive Rolle, indem die Risiko- und Stressfaktoren für die psychische Gesundheit durch die Reduktion von allgemeiner Armut, Krisenprävention und dem Wiederaufbau nach Konflikten nachhaltig abgebaut werden. ■